

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

231 (27.8.1924) 1. und 2. Blatt

Badischer Beobachter



Er erscheint einmal täglich aus Sonntage (als Morgenblatt).
Zusatz: "Eier und Nüsse", "Kunst und Wissen", "Wörter für den Familien- und Fremdenverkehr".
In Fällen von höherer Gewalt besteht ein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Nachnahme: nachmittags 1/2 6 Uhr.
Druckerei: Badischer Beobachter, — Druckereifabrik: Am Karlsruher 484. Fernsprecher: Reichshofstraße 535, Redaktion: 572.

62. Jahrgang Karlsruhe, Mittwoch, den 27. August 1924 1. Blatt Nr. 231

Durch!

Zimmer und immer wieder betonen die Deutschnationalen bei ihrer ablehnenden Stellungnahme zu den Londoner Abmachungen ihre Sachlichkeit. Auch das Karlsruher Tagblatt, das den Deutschnationalen begünstigt zuredet, wie der Führer einem Pferd, das sich weigert zu laufen, tut so, als glaube es an die Sachlichkeit dieser Politiker, warnt sie indes, auf ihrem ablehnenden Standpunkt, der unbedingt falsch sei, zu verharren. Soweit wir aber sonst sehen, glaubt niemand daran, daß die Deutschnationalen aus sachlichen Erwägungen ablehnen wollen; vielmehr hält man alles dafür, daß parteipolitische Erwägungen bei ihnen den Ausschlag geben. Ein sehr scharfes aber beachtenswertes Wort darüber lesen wir u. a. in der Neuen Wälschbutter St. Blasien Zeitung. Das ist zwar ein Blatt von sonst nur lokaler Bedeutung; aber das ist kein Grund, das nicht zu beachten, was es mit guten Gründen schreibt. Die politische Intelligenz liegt nicht allein in Berlin oder in den übrigen deutschen Hauptstädten. Dieses Blatt aus dem Lande schreibt:

„So wie die Meldungen bis jetzt lauten, scheint es, als ob die deutschnationale Opposition im Verein mit ihren böhlichen und separatistischen Brüdern gewillt sei, den ersten und letzten Dolchstoß, der bis jetzt in den Rücken des deutschen Volkes geführt wurde, auszuführen. Das englische und traditionelle Sammelzentrum unzufriedener ehemaliger Parteigänger scheint es allen Erntes darauf abgesehen, das erste böhliche Luft das wir in London erhalten könnten, dem Volke wieder abzugeben. Die wenigen Vorteile der Londoner Konferenz, die jedoch gegenüber dem vergangenen Poincaré-Schicksal eine direkte Gleichrichtung beuten, sollen durch einen infamen Dolchstoß im Reichstag erledigt werden. Das Volk kann ruhig weiterarbeiten, die besetzten Gebiete und Städte brauchen keinen Besetzungsmorgen am 9. September, die Volkswirtschaft braucht den 800 Millionen Dollar-Kredit nicht, die französische Eisenbahn soll nicht in eine gemischte Eisenbahn umgewandelt werden, die enormen Verluste vom besetzten ins unbesetzte Gebiet sollen nicht die rheinische Industrie weiter ruinieren, die Ausgewiesenen und Gefangenen brauchen nicht in ihre Heimat zurück (man errichtet dann für sie in der Etappe „Wahnenlager“ — wenn nur die Damen und Herren der deutschnationalen Opposition im Namen des Vaterlandes“ Deutschland in ein verachtetes Chaos mit Hilfe Frankreichs hineintreiben können, daß die schräge Mischerei demnach arbeitende Regierung von dem verzweifeltsten Volke weggejagt wird und für die der erste Tag kommt, allein, ohne demokratische oder gesetzmäßige Kontinuität sich an der Futtertrappe setzen zu dürfen.“

Wie die Regierung bereits in London angeündigt hat, denkt sie an eine Auflösung des Reichstages, falls, besonders für das Eisenbahngesetz die Zweidrittel-Mehrheit nicht zustande kommt. Nebenher geht die Ansicht verschiedener Parteien, nur einen Volksentscheid herbeizuführen. Wir halten dies jedoch im Interesse unserer Finanzlage und der besetzten Gebiete für unmöglich, denn es darf nicht eine einzige Stunde verstreut werden, um unsere seit Jahren gequälten Brüder zu befreien. Wina doch unsere Reichstagswahl unter der Besetzung: Freu, Reich und Rhein! Da a. B. Dortmund, Karlsruhe und Mannheim bereits am 9. September ihrer Befreiung entgegengehen können, darf diese große Stunde keine Minute versperrt werden von einem vaterlandlosen Gremium von 200 geilen Futtertrappensägern. Wenn das Londoner Protokoll nicht anders zur Weltlicht werden kann, als daß diese Gesellschaft zum Teufel gejagt wird, so möge sich die Regierung den Mut fassen, ein zweites Ermächtigungsgesetz zu erlassen, um einer Diktatur der nationalen Befreiung durch Arbeit und Opfer die Wege zu ebnen. So will es das arbeitende heimatische Volk. Aber um dieser Gesellschaft und ihrer Dolchstoßgelüste willen darf kein französischer Stahlhelm auch nur eine Minute länger auf deutschem Boden stehen.“

So ungefähr denkt man allenthalben bei uns in Baden — sicher bis weit in jene Kreise hinein, die am 4. Mai dieses Jahres deutschnational gewählt haben. Es ist überhaupt bezeichnend für die „Sachlichkeit“ der Deutschnationalen, daß die Unentwegten, die den ungewissen Fortschritt von London verneinen und bereit sind, den Dolchstoß gegen das deutsche Volk zu führen, weder im Süden noch im Westen des Reiches wohnen. Bayern ist entschieden für Annahme — es war bei früheren Gelegenheiten nicht selten den Deutschnationalen nahe; heute ist das nicht der Fall. Württemberg mit seinem Reichsministerium und dem deutschnationalen Staatspräsidenten ist für Annahme. Aus dem Westen des Reiches, aus dem Rheinland und aus Westfalen kommen laute Stimmen, selbst aus deutschnationalen Kreisen, für Annahme des Londoner Abkommens. Nur die deutschnationalen Stelbier, die bis jetzt am wenigsten unter dem Krieg bis 1918 und dem Poincaréschen Nachkrieg bis 1924 gelitten haben, nur diese Deutschnationalen spielen die Unentwegten gegenüber dem Verständigungsgedanken und trennen sich vom übrigen deutschen Volk. Wer an die Sachlichkeit dieser Politiker glauben will, soll es tun: wir glauben nun daran, daß die Deutschnationalen fürchten, ihren parteipolitischen Idealen zu schaden, wenn sie sich in eine Front mit dem übrigen Deutschland stellen; die Bekämpfung der deutschen Republik und ihrer Staatsmänner scheint ihnen selbst in diesem kritischen Augenblick wichtiger, als das Wohl von Reich und Volk. Dieser Meinung ist man nicht nur in Deutschland, sondern auch in deutschfreundlichen Kreisen des Auslandes. In den Neuen Zürcher Nachrichten Nr. 232 lesen wir z. B.:

„Wer etwas hinter die Kulissen sieht, der weiß, warum die Deutschnationalen sich dem Londoner Abkom-

Fortgang der Aussprache. Fraktionsbesprechungen. Reichstagsauflösung?

Fraktionsbesprechungen und Anträge. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Aug. In der Zeit während des Plenum des Reichstages sich mit der zweiten Lesung der Gesetze zur Durchführung der Londoner Beschlüsse beschäftigte, galt das Hauptinteresse des heutigen Tages den Besprechungen in den Wandelgängen und Fraktionsstuben. Im Laufe des Nachmittags ging im Reichstag eine Reihe von Anträgen und Entschließungen ein, die offenbar a. L. den Deutschnationalen die Brücke bauen sollen, über die sie aus ihrer verfahrenen Situation sich in ein besseres Land hinausretten könnten. Zunächst brachte die deutsche Volkspartei drei Entschließungen ein, die sich auf die Frage des Rheinlandsabkommens, auf die der Kölner Zone und auf die Frage bezogen, ob die Gesetze zum Dawesgutachten auch dann noch durchgeführt werden sollen, wenn am 15. August 1925 das Ruhrgebiet und das Sanktionsgebiet von den Franzosen und Belgiern nicht bedingungslos geräumt wird. Von deutschnationaler Seite erwartete man noch ähnliche Anträge und Entschließungen, die jedoch bis jetzt noch nicht vorliegen. Auch vom Zentrum sind verschiedene Anträge eingebracht worden. So von den Abgeordneten Dr. Brenning und Groß, die eine Sicherung der Beamtenrechte des Personals der neuen Reichsbahngesellschaft verlangen. Außerdem eine Entschließung von Gerard, in der die Regierung erludt wird, auf eine Revision aller Anordnungen der Rheinlandskommission hinzuwirken.

In der Mitte dieser Anträge kam dann noch ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung, wonach der Reichstag beschließen sollte, daß für die Gesetze zur Durchführung der Londoner Beschlüsse die einfache Mehrheit genüge. Der letzte Antrag dürfte jedoch keine Aussicht auf Annahme haben, da bekanntlich die Sozialdemokraten mit aller Macht auf Neuwahlen hinarbeiten, und den Deutschnationalen die Last der Verantwortung keinesfalls abnehmen wollen. Was die übrigen Anträge und Entschließungen betrifft, so ist für diese außer der rein sachlichen Stellungnahme zweifellos auch ein gewisses Bestreben maßgebend gewesen, doch noch irgend einen Modus zu finden, der die rasche Verabschiedung der Gesetze betreffs der Londoner Vereinbarungen durch den Reichstag sicherzustellen und auch der Opposition ihren Entschluß möglichst zu erleichtern geeignet ist. Wenn man aber in deutschnationalen Kreisen die Anträge der Mittelparteien so anzulegen versucht, als wenn die Regierungsparteien den Deutschnationalen irgendwelche innerpolitische Zugeständnisse, so a. B. in der Regierungsfrage, machen wollten, so schiebt diese Auslegung zum mindesten weit über das Ziel hinaus, aber bei der deutschnationalen Auslegung wird wohl der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Die Regierungsparteien haben unseres Erachtens keinen Anlaß, den Deutschnationalen nachzulaufen, so begründet es auch wäre, wenn die Deutschnationalen endlich mit ihrem Versteckspielen ein Ende machen und sich offen für Annahme der Londoner Beschlüsse betätigen würden. Daß die Lage noch rechtlich unklar ist, beweisen die Wahlvorbereitungen, die bereits jetzt von verschiedenen Parteien getroffen werden. So wird von parteipolitisch-fraktionsmäßiger Seite die Parteioffizieller Zentrumsseite die Parteioffizieller Zentrumsseite die Parteioffizieller Zentrumsseite

Notwendigkeit hingewiesen, alle Vorbereitungen zu treffen, um sofort in die Wahlbewegung eintreten zu können. In einer Meldung der Germania wird diese Anweisung damit begründet, daß sich die Wahrscheinlichkeiten verstärken, daß der Reichstag noch in dieser Woche aufgelöst wird. Der Parteiauschuß der sozialdemokratischen Partei hat seine Mitglieder für Freitag nachmittag zur Beratung der politischen Lage einberufen. Auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei treffen Vorbereitungen für einen eult. blödsinnig einleitenden Wahlkampf. Die Deutschnationale Volkspartei hat für morgen vormittag 10 Uhr die Vertreter der Landesverbände nach Berlin geladen, um die politische Lage zu besprechen. Das Hauptreferat hat Graf Bestarp übernommen.

Stimmen für die Annahme des Londoner Abkommens.

Wiesbaden, 26. Aug. Nachdem die Vertreter sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten im Alltagsauschuß einen dahingehenden Beschluß gefaßt hatten, richtete der Magistrat an den Reichstagsrat und den Reichstag nachstehendes Telegramm: „Magistrat und Alltagsauschuß der Stadt Wiesbaden beauftragt die Mitglieder des Reichstages in Wiesbaden zu bitten, die Gesetze zum Dawesgutachten und dem Londoner Abkommen und den Anträgen und Entschließungen, die jedoch bis jetzt noch nicht vorliegen. Auch vom Zentrum sind verschiedene Anträge eingebracht worden. So von den Abgeordneten Dr. Brenning und Groß, die eine Sicherung der Beamtenrechte des Personals der neuen Reichsbahngesellschaft verlangen. Außerdem eine Entschließung von Gerard, in der die Regierung erludt wird, auf eine Revision aller Anordnungen der Rheinlandskommission hinzuwirken.“

Die nassauische Zentrumsgruppe erludte in einem Telegramm die Reichsparteileitung, alle parlamentarischen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Annahme des Londoner Abkommens durchzuführen. Dortmund, 26. Aug. Der Magistrat der Stadt Dortmund hat heute folgendes bringende Telegramm an den Reichstag gerichtet: „Der Magistrat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung einstimmig beschlossen, sich der dortigen übermittelten Entschließung des weisfälligen Stadtrates ausdrücklich anzuschließen. Er weiß nochmals nachdrücklich auf die unheilvolle Wirkung des Londoner Abkommens für das gesamte besetzte Gebiet und in Besold dessen für das ganze Reich mit sich bringen. Oberbürgermeister.“

Neustadt a. M., 26. Aug. Die Deutsche Demokratische Partei hat an den Reichstag folgende Depesche gerichtet: „Die heutige Mitgliedsversammlung der Deutschen Demokratischen Partei findet trotz schwerer Lasten die Annahme des Sachverständigenrats aus wirtschaftlichen, sozialen und vaterländischen Gründen für notwendig. Lieber durch Arbeit zur Freiheit, als Verfall des Reichs, sozialer Zusammenbruch und dessen Folgen. Die Bevölkerung der Kreise des besetzten Gebietes empfindet eine Abkühlung als Verrat und fordert eine gerechte Lastenverteilung für alle Deutschen.“

Mainz, 26. August. Der Provinziallandtag der Provinz Rheinhesse hat heute in einer außerordentlichen Sitzung folgende Resolution an: „Der Provinziallandtag der Provinz Rheinhesse als gewählte Vertretung der rheinhesischen Bevölkerung ist einmütig in dem Vertrauen, daß durch Annahme des Londoner Abkommens ein Zeitalter der Verträge und des Vertrauens eingeleitet werden möge. Er warnt in letzter Stunde vor dem Versuch, das Abkommen zum Scheitern zu bringen und damit für das besetzte westliche Deutschland untagbare Gefahren und eine unerträgliche Fortdauer der Wirtschaft und das Leben zerrüttenden Gemüths heraufzubekommen.“

schloß untergehen mußten. Und sie begannen einen neuen Feldzug vor der öffentlichen Meinung und rechnen dabei auf ein geringeres Ohr bei großen Volksversammlungen. Der Mann aus dem Volke ist indessen gefestiger geworden und läßt sich nicht mehr auf jeden Sophismus ein. Er sieht in den Londoner Abmachungen ein Hauptereignis herankommen: den endlichen und wahrhaftigen Frieden. Der einfache Bürger vermag wohl die Schwierigkeiten, die noch bevorstehen und die wirtschaftlich-finanzielle Zukunft Frankreichs verblüffen, nicht scharf zu erkennen. Ist es ihm jedoch zu mißgönner, daß er sich am ersten Sonnenstrahl freut, nachdem bis zur Stunde und seit Jahr und Tag diechter Nebel jeden freien Ausblick hemmte? In Wahrheit ist der Kampf, der jetzt in den Parlamenten in Paris und Berlin stattfindet, der Kampf um die endliche Verständigung. Was wunderbar, wenn sowohl in Frankreich als in Deutschland alle Elemente, die der Verständigung von jeher widerstrebten und ihre Erfüllung auf Gewalt setzten, sich gegen die Verständigung wehren? Die Deutschnationalen haben bisher in diesem Kampf den Klärungsprozess bezogen: wenn sie diesmal wieder verlieren, dann ist der Mann, in dem sie bisher noch viele Hoffnungen heilten, für immer gebrochen. Deshalb ihre Hartnäckigkeit. Für sie handelt es sich heute ums Ganze. Das Ganze ist für sie aber nicht Reich und Volk, sondern ihre falsche Ideologie. Die Reichsregierung muß aus dieser Lage die letzte Folgerung ziehen: der Kampf muß durchgekämpft werden, wenn nicht mit den Deutschnationalen und ihrem völkischen Komplexionismus, dann gegen sie! Die Parole heißt: Durch um jeden Preis!

Katholische Arbeiter für das Londoner Abkommen.

Die Leitung der katholischen Arbeitervereine und der politischen Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterzentrenswähler (Politisches Komitee) Westeuropas haben folgendes Telegramm an den Reichskanzler Marz geschickt: „London brachte Deutschland schwere wirtschaftliche Last und wegen unzureichender Belastung der Ruhrbesetzung große Enttäuschung. Dennoch müssen Londoner Vereinbarungen angenommen werden, um für besetztes Gebiet Leben und Arbeit zu lindern und abzurufen, um für Deutschland größeres Unglück zu verhüten, um Völkerverständigung und Frieden den Weg zu bereiten. Unter dankbarer Anerkennung der deutschen Delegationsstätigkeit in London bitten wir Sie, sich die Erfolge Ihrer Politik nicht entwinden zu lassen und alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, den Reichstag zur Annahme zu veranlassen, gegebenenfalls Entschädigung des Volkes anzurufen. Besetztes Gebiet verlangt Verständnis für seine Not. Lebendige Hoffnung des deutschen Volkes liegt hinter der Regierung.“

Reichsverkehrsminister Osjer über die Tragweite der Eisenbahngesetze.

Düsseldorf, 26. Aug. Reichsverkehrsminister Dr. Osjer hat dem Berliner Vertreter des hier erscheinenden Mittags über die Tragweite der Eisenbahngesetze u. a. nachstehende, beachtliche Mitteilungen gegeben: U. a. erwiderte der Minister auf die Frage, ob man durch die Privatisierung der Eisenbahn, diesen lebenswichtigen Besitz des deutschen Volkes dem drohenden Zugriff hätte entziehen können. Ein solcher Gedanke sei bei den verantwortlichen Stellen niemals aufgetaucht, denn die Uebertragung der Bahnen an Private würde von den Franzosen niemals als zu Recht bestehend anerkannt, sondern als böswillige Schädigung der Gläubiger erklärt werden. Da die Eisenbahn nun einmal als unbeschränktes Pfand verschrieben worden wäre, sei es darauf angekommen, die Leistungen und Verpflichtungen so festzustellen, daß der Zugriff der Gläubiger unwahrscheinlich wurde. Wenn die Gläubiger bei den Verhandlungen darüber als Gegenleistung für die Herabsetzung ihrer Forderungen eine Mitwirkung bei der Ausbeutung des Pfandes verlangten, so war diese Mitwirkung soweit wie möglich zu beschränken. Beides glaubt die Regierung bei den Londoner Verhandlungen erreicht zu haben, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt zu erreichen war. Im Zusammenhang mit der Tragweite der unterer Eisenbahn auferlegten Lasten hob der Minister als besonders erscheinend für das Reich der Reichsbahn, die doch eben erst getunt gemacht worden sei, die Vermehrung jedes Zahlungsaufschubs hervor. Im übrigen lasse sich ein gewisser Inhalt nur aus den Zahlen der Vergangenheit erschließen, die allerdings einen genügenden Ueberblick erheben ließen. Der Minister ging dann noch auf die Frage ein, ob die Einschränkung der Eisenbahnhöhe durch die neuen Gesetze tragbar sei. Er erklärte, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß der Ausbau der bisherigen Organisation des Unternehmens der Deutschen Reichsbahnen zur Erreichung des Zieles genügt haben würde.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag vom Reichsrat angenommen.

Berlin, 26. Aug. Der Reichsrat beschäftigte sich heute nachmittag in einer am Wunsch des Auswärtigen Anschließes einderufenen Sitzung mit dem neuen deutsch-spanischen Handelsvertrag. Der Reichsrat hat den Vertrag mit 39 gegen 19 Stimmen angenommen. Baden enthielt sich der Abstimmung. Gegen den Vertrag stimmten die Vertreter von Ostpreußen und Pommern, der Rheinprovinz, Bayerns, Württembergs und Sessens.

Reichstags-Stimmungsbild. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Aug. Nach den beiden großen Tagen der Ministerreden und der ersten Rednergarnitur der Parteien ging es heute im Reichstag verhältnismäßig ruhig zu. Die zweite Lesung der einzelnen Vorlagen zum Sachverständigenaustausch wurde von dem Wirtschaftsminister für einzelnen Fraktionen bestritten, ohne daß es zu größeren politischen Auseinandersetzungen kam. Nur die Nationalsozialisten machten natürlich wie immer eine Ausnahme. Der Redner Gottfried Feder warf in seiner Rede, die mit den zur Beratung stehenden Gegenständen nicht das Geringste zu tun hatte, dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Verachtung vor. Er mußte sich darauf vom Reichswirtschaftsminister Hamm eine moralische Ohrfeige gefallen lassen, aus der sich diese abgebrühten Geistes ebensoviele machten, wie aus dem scharfen Ordnungsruf, den der Reichstagspräsident dem Redner noch nachträglich erteilte, als dessen unglaubliche Frechheit durch das amtliche Stenogramm festgestellt war. Im übrigen floß die Debatte, zu deren einzelnen Gegenständen jede Partei die Redner, d. h. bei der Fülle der Parteien des jetzigen Reichstages insgesamt 40 Redner, vorliegen, ruhig dahin. Hervorgehoben sei noch, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Lammer, der heute zum ersten Male im Reichstag auftrat, sich als ein außerordentlich geschickter, von großer Sachkenntnis der einschlägigen Probleme durchdrungener Redner bewies. Am 9 Uhr wurde die Debatte abgebrochen und auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt.

2. Tag der politischen Aussprache.

Die Regierungslösche sind zu Beginn der Sitzung... Berlin, 26. August.

Bankgesetz.

Das Privatnotenfahrgesetz, das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs von Rentenbanknoten...

Abg. Dietrich (Dnl.) wendet sich gegen die Klagen des Reichsanwalters...

Abg. Reil (Soz.) behauptet, daß es des Eingreifens des Auslandes bedürfe...

Abg. Lammers (Ztr.) widerspricht der im Volke verbreiteten Auffassung...

Abg. Kay (Komm.) erklärt, ob angenommen oder nicht, wegen der Unklarheit...

Abg. Dr. Kulenkampff (D. N. P.) hält die Deckung für ausreichend...

Abg. Feder (Nat.-Soz.) betont, daß es heute nur einen Herrn der Welt gebe...

Abg. Graf Bernstorff (Dem.) bezeichnet die Annahme der Gesetze...

Abg. Dr. Pfeleger (Bayer. Volkspartei) bemängelt, daß bei der Umwandlung...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Abg. Kurth (Deutsch-Sozial) nennt die Goldnotenbank ein Instrument...

Die Industriegeetze.

Es folgt die zweite Lesung der zweiten Gruppe der Vorlage, der Industriebelastungsgeetze...

Abg. Schneider (D. N. P.) beantragt, landwirtschaftliche Betriebe auch dann...

Abg. Dr. Rejeune-Jung (Dnl.) bezeichnet es als unmöglich, daß die gestellte und geschwafte Industrie...

Ein kommunistischer Antrag, alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten...

Abg. Frau Sander (Soz.) wirft der Industrie vor, sie habe in der Inflationszeit...

Ein kommunistischer Antrag, alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten...

Abg. Dr. Trierer (D. N. P.) bezeichnet die Annahme der Gesetze...

Abg. Dr. Pfeleger (Bayer. Volkspartei) bemängelt, daß bei der Umwandlung...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Abg. Dr. Pfeleger (Bayer. Volkspartei) bemängelt, daß bei der Umwandlung...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Der Hansabund zum Londoner Protokoll.

Berlin, 26. Aug. Auf der gestrigen Präsidial-sitzung des Hansabundes...

Das Präsidium des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie...

Abg. Dr. Rejeune-Jung (Dnl.) bezeichnet es als unmöglich, daß die gestellte und geschwafte Industrie...

Ein kommunistischer Antrag, alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten...

Abg. Frau Sander (Soz.) wirft der Industrie vor, sie habe in der Inflationszeit...

Ein kommunistischer Antrag, alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten...

Abg. Dr. Trierer (D. N. P.) bezeichnet die Annahme der Gesetze...

Abg. Dr. Pfeleger (Bayer. Volkspartei) bemängelt, daß bei der Umwandlung...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Abg. Dr. Pfeleger (Bayer. Volkspartei) bemängelt, daß bei der Umwandlung...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

Abg. Holzamer (Bürl. Bergg.) verlangt Ausdehnung der Kredite auch auf das Handwerk...

gangen. Unsere Mehrheit war größer, als sie bei den letzten Militärvorlagen gewesen war.

Das also war die Vaterlandsliebe der „hohen“ Herrschaften! Nicht einmal die Sicherheit des Vaterlandes...

Jedes weitere Wort hierüber erübrigt sich! Es ist nötig, an solche Tatsachen in wichtigen Augenblicken...

Nochmals zur Zollfrage. Lebenswichtig, daher volles Interesse für die Allgemeinheit...

Telegramm der Handelskammer Duisburg an die Deutschnationalen. Duisburg, 26. Aug. Wie die Z.N. erfährt, hat die Handelskammer...

Baden. „Das Vaterland über Alles“. Ein Leser schreibt uns: W. Dieses ansehnliche schöne Wort...

Düsseldorf dankt an den Reichskanzler. Düsseldorf, 26. Aug. Die Stadtverwaltung hat an den Reichskanzler...

hier einmal wurde sie wieder erreicht, die ewig erstrebte, selten erzielte menschliche Norm.

Nun wohl — sie sind alle vertreten rundum, deren Namen durch die bedeutenden Majuskeln des Abschnitts...

Es ist jetzt alles bemessen und ausgetragen, herüber von einer höheren Schau.

Und weiter. Man geht nicht zehn Schritte — überall Namen, die man verdrängen will...

Neulich traf ich ein Mütterchen, „rumm wie eine kleine Sichel.“

Neumen Sie es immerhin als ein Beispiel jener Zeit — aller Zeiten — dieses entlegene Grab auf dem Jodelsriedhof.

Erzberger.

Am 26. August bergers, fanden Bad-Griesbach zu den großen Zeiten...

Der Zeitpunkt immer näher. Der Einwurf, es kann doch Getreide eingeführt werden...

Zu gleicher Zeit Müller, Kaiser, gewerbliche, dies einheimische man u. a. die in hergestellten Scher...

Die Vorbereitungen für Leben sind Bedarfs, die in den Tagen v...

Daß erst die Prüfung gerade bei dieser Frage und nach dem Grundfab: Leben und leben lassen...

Daß erst die Prüfung gerade bei dieser Frage und nach dem Grundfab: Leben und leben lassen...

Daß erst die Prüfung gerade bei dieser Frage und nach dem Grundfab: Leben und leben lassen...

Daß erst die Prüfung gerade bei dieser Frage und nach dem Grundfab: Leben und leben lassen...

Daß erst die Prüfung gerade bei dieser Frage und nach dem Grundfab: Leben und leben lassen...

Erzberger-Gedenkfeier in Griesbach.

Am 26. August, dem Jahrestage der Ermordung Erzbergers, fanden sich seine Freunde und Anhänger in Griesbach zusammen...

Karlsruhe.

Die Karlsruher Herbstwoche.

Der Zeitpunkt der Karlsruher Herbstwoche rückt immer näher. Die Vorbereitungen dafür sind rüstig im Gange und erlauben jetzt schon die Feststellung...

das Gewerbe hinausgehen. Infolge des großen Interesses, das sich allerorten für die Ausstellung selbst...

Das bekannte Restaurant zum Merkur am alten Bahnhofsplatz ist von dem Eigentümer Gottlieb Ehret und dessen Frau wieder in Selbstbetrieb übernommen worden...

Kein Wasser, kein Bier auf Ost! Alljährlich ereignen sich zur Obstkostzeit eine ganze Anzahl Krankheitsfälle, die mitunter zum Tode führen...

Autounfall. In der Nacht vom Sonntag auf Montag gegen 2 Uhr fuhr ein berberatteter Automobilist von hier mit einem Personentransportwagen...

Veranstaltungen.

Stadt. Konzerthaus. Auf die heute, Mittwoch, stattfindende Eröffnung der Operntennenspiele...

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft.

Zweites Reichsverbandsfest der Deutschen Jugendkraft in Frankfurt vom 22. bis 25. August. Handball. Karlsruhe-Mittelstadt verliert nach blutendem Spiel...



KÖLNER MESSE FÜR LANDWIRTSCHAFT GARTENBAU WEINBAU

30. Aug. - 7. Sept. 1924

unsicher und starkes Drängen läßt die Verteidigung der Norddeutschen nicht zur Ruhe kommen. In der 12. Minute erhält Karlsruhe einen Strafstoß...

bei, die sich über das technische Können der Karlsruher sehr lobend äußerte und die Wiederkehr nicht begrößen konnte.

AUXOLIN Schuppenbildungen und den damit verbundenen Haarausfall behandelt. Man am zweckmäßigsten mit Auxolin-Schuppen-Pomade.

Karlsruher Ständesbuch-Anzüge. Todesfall. 25. Aug.: Josef Meck, Witwer Blechschmied, alt 65 Jahre.

Wetternachrichten. Der Badischen Landeswetterwart Karlsruhe. Unter dem Einfluß kalter, wasserdampfreier Luft...

Theater-M.G. - die Verpflichtung Hermine Körners als künftige Direktorin - in wieweit Kreisen aufgenommen worden...

Kirchliche Nachrichten. Pacelli kommt zu dem Katholikentag. Köln a. Rh., 25. Aug. Für den hier am nächsten Sonntag beginnenden Deutschen Katholikentag...

Gehaltsordnung für die katholischen Geistlichen der Diözese Rottenburg. Der Reichs- und Geschäftsbericht der bisher staatskirchlichen Behörde des Königl. Katholischen Kirchenrats in Stuttgart geht auf...

wohl dieser Rosen, will man zwischen den obersten Grabfeldern gehen ohne völlig entwürfelt zu werden. Aber trotz ihrer sanften Tröstung höre ich immer noch ein wenig, ehe ich wage...

Hinüber in die große Brüderchaft, das weite, gestillte Reich ohne Grenzpfähle. Und nun auf der Höhe des Friedhofs des Märtyrers, das ganz und gar Erbe, die formgewordene Idee ohne Worte, das Denkmal von Walter Gropius...

Die Albert-Theater-Gesellschaft in Dresden teilt mit: Da der Direktor Paul Willi, der Pächter des Albert-Theaters, seinen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist...

Reichsfinanzler Marx' Abrechnung mit der Rechtsopposition.

Schluss des 1. Tages der Reichstags-Debatte.

In der Montags-Sitzung des Reichstags, die die erste Lesung der Gesetze zur Ausführung des Dawesgutachtens gemäß den Beschlüssen der Londoner Konferenz brachte und der ersten Rednergarnitur der Parteien Gelegenheit gab, zu den Minister-Erklärungen in der Samstags-Sitzung Stellung zu nehmen, ergriff nach Abg. Wulle, dessen Rede, wie auch die seiner Vorredner im gestrigen Reichstagsbericht im wesentlichen wiedergegeben wurden, Abg. Grefenz von der Deutsch-demokratischen Partei das Wort. Er wies der Rede vor, sie treibe eine demagogische Hege. Wie Boicars in Frankreich, so hatten auch die deutschen Nationalsozialisten abgewirtschaftet. Der Redner erwartete, daß der neue Geist, der von London ausgehen soll, sich besonders bei der Rückkehr der Ausgewiesenen und beim Aufstehen der Besatzungsbehörde auswirken werde. Es sei schwer, sich mit der verlängerten Abrechnung abzufinden, aber die Ansicht auf das Verschwinden der Aufrückstellung werde größere seelische Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Das Abrechnen sei ein großer Dank verpflichtet (Beifall). Die Nationalsozialisten haben den Weissen und das besetzte Gebiet preisgegeben. Herr Dergt sei ein schlechter Prophet. Das Londoner Abkommen sei eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft.

Der Höhepunkt der Debatte war die Erwiderung des Reichsfinanzlers auf die Angriffe des deutschen Nationalen und deutsch-fürchtlichen Redners. In markigen Worten wies er auf die Unfähigkeit der Politik dieser Parteien hin, ihnen die Heuchelmäskel vom Gesicht reißend. Die Rede verdient in Anbetracht ihrer Grundlosigkeit in der Frage der Ausführung des Dawesgutachtens und auch im Hinblick auf den vielleicht zu erwartenden Wahlschmerz eine ausführliche Widergabe.

Reichsfinanzler Marx:

Der Abg. Dergt hat Angriffe gegen die Person des Herrn Reichspräsidenten gerichtet, die ich nicht ablehne. Man kann aus den Ausführungen Dergts den Schluss ziehen, er habe dem Reichspräsidenten vorgeworfen, daß er bei seinen Maßnahmen und Entscheidungen sich nicht lediglich von Sachfragen, sondern von politischen und parteipolitischen Gründen leiten lasse. Dagegen muß ich den allerhöchsten Respekt erheben. Gerade die Partei, die so gern für die Autorität des Staates eintritt, sollte doch in dieser Linie dafür sorgen, daß die Staatsautorität erhalten bleibt, indem sie nicht in dieser Weise gegen die Person vorgeht, die den Staat repräsentiert. Das feinerzeit den Nationalsozialisten ein Ultimatum gestellt worden sei, ist gleichfalls durchaus unrichtig. Es ist damals bei den Verhandlungen allerdings laute ich — in rechtserweiterten Vorlesungen — einmal die Behauptung aufgestellt worden, sie ist aber absolut unhaltbar. Dergt wies der Regierung weiter vor, sie habe

die Schuldfrage

nicht entschieden genug behandelt. Ich kann in der Beziehung die Erklärung abgeben, daß wir bei jeder Gelegenheit, die uns irgendwie dazu angetan scheint, diese Frage ansprechen und zur Ausprägung bringen. Ich weiß auch das hin, was in der letzten großen Aussprache Kollege Dr. Stresemann gesagt hat. Wir sind der Meinung, daß nur auf dem Wege der freien historisch-wissenschaftlichen Forschung ein entsprechendes Ergebnis möglich ist. (Schlichter rechts.) Mit diesem Laden werden Sie zweifellos unsere Gegner nicht überzeugen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Es wird uns weiter vorgeworfen, die Regierung habe es unterlassen, in ausreichender Weise für die Verbreitung von Propaganda und Flugblättern zu sorgen. Auch das ist nicht richtig. Es sind eine ganze Reihe von Propaganda- und Flugblättern herausgegeben worden, auch von der Zentrale für Heimatdienst, viele auch vom Arbeitsausschuß der deutschen Verbände. Was die Ausführungen von Herrn Wulle zu einem großen Teil einer Entgegnung und eines Eingehens auf Einzelheiten entbehrend erscheinen läßt, ist der Umstand, daß er sich, wie auch nicht anders zu erwarten war, und wie ich bereits im Auswärtigen Ausschusse gesagt habe, lediglich auf negative Kritik eingelassen hat. Er hat uns in keiner

Weise einen Weg angegeben, wie denn vorgehen sei, wenn man nun einmal das Dawesgutachten akzeptieren bereit sei. Wenn er uns die Frage, wie Deutschland aus seiner außerordentlich drückenden Kreditnot und seiner schweren wirtschaftlichen Lage befreit werden soll, nicht klipp und klar beantwortet, dann verbitte ich mir die Kritik. (Große Unruhe rechts.) Solange die Herren nicht in der Lage sind, einen besseren Weg vorzuschlagen, ist die Haltung des Reichsfinanzlers in der Öffentlichkeit die Beste. Wir billigen das Dawesgutachten in der Hoffnung, daß es uns auch wirtschaftlich Besserung bringen wird. Herr Abg. Wulle ist in mancher Richtung über die Tatsachen nicht orientiert. Seine Ausführungen zeugen von großer Unkenntnis der Verhältnisse. Es gehört ein hartes Stück dazu, die Behauptung aufzustellen, wir hätten keine Urkunden über die Bereitwilligkeit Herrriots zur Annahme der Aufrückstellung nach Hause gebracht. In den Akten des Auswärtigen Amtes befindet sich ein Brief von Herrriot und Teunis, in dem die Wahrung des Ruhrgebietes in höchstens 12 Monaten zugesagt wird. Dieser Brief ist vor mir angenommen worden. Der Kanzler verliest den Brief, der mit den Worten beginnt: „Wir haben die Ehre, Ihnen nachstehende Erklärung zur Kenntnis zu bringen, die wir im Namen unserer Regierung abgeben...“ (Unruhe und Zurufe rechts.) Auf der anderen Seite befindet sich eine Urkunde, ein Memorandum der deutschen Regierung, in der ausdrücklich die Erklärung festgehalten wird, daß die beiden Ministerpräsidenten sich der Wahrung der rechtsrheinischen Besetzung des Gebietes gleichzeitig mit der Wahrung des Ruhrgebietes nicht widersetzen werden. Dieses Memorandum ist von beiden Ministerpräsidenten unbeanstandet geblieben; sie haben ihm also zugestimmt. Es wird gesagt, daß die Ausführung des Sachverständigenplanes mit Friedfertigkeit und Loyalität erfolgen soll. Es handelt sich also um die Frage der Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens. Nun bitte ich diejenigen, die etwas von den Umständen wissen, sich einmal die Frage vorzulegen: Ist es möglich, sich einen Fall zu denken, wo bis zum August 1925 das Gutachten nicht ausgeführt wäre? (Sehr wahr! bei den Regierungspartei.) Und zwar soll es sich um böswillige Umwidmungen handeln. Es geht doch ein besonderes Stück dazu, sich einen Fall auszudenken, wo wir es wirklich böswillig fertigbringen könnten, das Gutachten bis zum August 1925 nicht auszuführen. (Beifall Zustimmung bei den Regierungspartei.) Es ist eine durchaus dem ganzen Geiste der Wahrung entsprechende Eingeständnis, daß die Wahrung der Ruhr vorgenommen werden würde, wenn die in London zwecks Ausführung des Sachverständigenplans getroffenen Abmachungen im Geiste der Friedfertigkeit und Loyalität ausgeführt werden sollten, der die Verhandlungen der Konferenz befehelt hat.

Die deutsche Regierung ist allerdings voll und ganz gewillt, das Gutachten in aller Loyalität und aller friedfertigen Gesinnung zur Ausführung zu bringen, soweit es irgend möglich ist.

Wir haben es gerade, was die letzten sieben bis acht Jahre anlangt, sehr zu bedauern, daß das deutsche Volk nicht immer über die Lage orientiert war. (Beifall Zustimmung bei den Regierungspartei.) Ich sage ganz offen: Ich sehe allerdings die Entwidlung der Dinge außerordentlich pessimistisch an, wenn durch die Ablehnung im Reichstag die Londoner Abmachungen scheitern. Mich mit dem Gedanken zu befassen, es werde gelingen in absehbarer Zeit, etwa in ein bis zwei Monaten, nochmals eine Konferenz zusammenzubringen, dazu gehört ein Optimismus, den ich nicht teile. Es ist tief bedauerlich, darin gebe ich den Herren recht, daß man öffentlich von der Reichstagstribüne aus so ernste Töne reden muß, aber die Herren zwingen mich, offen und frei alles darzulegen.

Herr Dergt hat einen Vorwurf gegen mich erhoben, den ich nicht ohne weiteres hinnehmen kann. Er wies auf den Brief des englischen Ministerpräsidenten vom 19. August hin und sagte, es wäre befremdend für die deutsche Regierung, daß sie von englischen Ministerpräsidenten auf den Reichstagsstandpunkt hingewiesen werden müßte. (Sehr wahr! rechts.) Nun sagt Macdonald in dem Schreiben vom 19. August: „Die Regierung seiner Majestät sieht sich außerstande, dem Ersuchen in dieser Weise stattzugeben — nämlich, daß Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu derselben Zeit geräumt werden — da dies u. a. bedeuten würde, daß sie die Ruhrbesetzung anerkennt. Die Gründe, die sie veranlassen, in die Befreiung jener Städte zu willigen, sind längst fortgefallen und darum müßte die sofortige Wahrung erfolgen.“ Nun stand aber in meinem Schreiben an die Ministerpräsidenten

vor allem aus Trotz gegen den Mann, den sie heilig liebte. In Paris, der Stadt der Freude, an der Seite eines Gatten, der ihr alle Herlichkeiten der Welt zu bieten vermochte, hoffte sie den Geliebten zu vergessen.

Am Samstag-Sonntag befanden beide gemeinsam eine Vorstellung im Hoftheater; während derselben erwartete Rose-Mary die offizielle Werbung des Grafen, worauf sie dann im Palasthotel die Verlobung feiern wollten.

Rose-Mary hatte sich für diesen Abend ganz besonders prächtig geschmückt. Sie trug eine wunderbare Pariser Robe, dazu ihren köstlichsten Schmuck, Brillantringe, ein herrliches Perlenkettchen von unschätzbarem Wert, goldene Armbänder, ein funkelnbes Diadem aus Diamanten und Saphiren. Ein kostbarer Sealskin-Mantel mit Chiffon-Kragen in Silber und Gran von wundervollem weichen Schwarz, mit Hermelinbesatz, kleidete sie wie eine Königin.

Der Graf war entzückt von ihrer Schönheit und stürzte ihr in der Lage die berückendsten Schmeicheleien ins Ohr, jedoch sie darüber die Wut der Oper vollständig überhörte. In der großen Pause leerten sie zusammen eine Flasche Sekt und Rose-Mary kam in der fröhlichsten Stimmung. Aber als dann die Vorstellung ihren Fortgang nahm und das Theater sich verdunkelte, erfüllte sie eine solche Mattigkeit, daß sie nach kurzer Zeit einschlief.

Sie schloß so fest, daß die der Theaterdiener wecken mußte — und dieses Erwachen war furchtbar: Der schöne Graf war verschwunden! Verwundungen waren auch ihre Kinnchen und Armbänder, das Perlenkettchen, der millionenschwere Sealskin-Mantel und das Diadem...

Die Polizei wurde gerufen, Rose-Mary verbrachte eine schlaflose Nacht und andern Tags, am Sonntag, traf sie der furchtbarste Schlag, der sie völlig niederschmetterte in ihrer Eitelkeit und ihrem Stolze tiefste, schmerzhafteste Wunde schlug — der

Die Rosenkönigin.

Der Roman einer Dollarprinzessin von Felix Rabar.

In diesen mit raffiniertem Luxus ausgestatteten Bars und Tanzsalons war auch Rose-Mary täglich zu finden und es schmeichelte ihr, auch in Europa als Rosenkönigin gefeiert und umhoben zu werden. Sie erschien stets mit ihrer Leibgarde, den sechs schlanken Gibson-Girls, die sich hier ausstoben und in Begleitung Henry Wafers, der sich eifriger als je um ihre Hand bewarb.

Zwar fand er am Tanze kein Vergnügen, aber das hätte er Rose-Mary zuliebe nicht getan? So gar in den Jazz wagte er sich, gab jedoch den Versuch, ein flotter Tänzer zu werden, bald wieder auf.

Rose-Mary aber war unerfährlich. Wenn alle anderen, vom Tanze ermüdet, die Flügel hängen ließen, hing sie erst recht zu toll an und riß Henry in den wilden Wirbel hinein. Sie bildete sich auf diese Ausdauer nicht wenig ein und nannte es die Energie der stärkeren Waise, was sie Siegerin werden ließ, während sie die Germanen als bedäufend bezeichnete. „Den Angehörigen gehört die Zukunft“, war ihre stehende Redensart. „Sie sind die Herren der Welt.“

Sie war stolz auf ihre überdäumende Kraft und ihren sieghaften Lebensmut, gefiel sich in der Rolle als Königin der Gesellschaft und Freunde, war immer auf der Jagd nach Lust und Vergnügen, kam hochzuliegen nicht aus dem Tummel des Juchens heraus.

Aber nie wurde sie ihres Lebens so recht froh, nie war die Freude rein und ungetrübt; auf dem Grunde ihrer Seele nistete ein stilles, geheimnisvolles Weh und in ihrem Herzen glomm ein heiser liebesunken und wollte zur hellen Flamme werden.

von Frankreich und Belgien drei Tage früher, ich hielte den deutschen Standpunkt aufrecht, wonach die Besetzung außerhalb des Vertrages nicht als rechtmäßig anerkannt werde. Ich möchte also umgekehrt sagen, daß Herr Macdonald von der deutschen Regierung darauf hingewiesen zu sein scheint Herr Dergt hat dann selber hervorgehoben, ich hätte allerdings zugestimmt, es sei nicht viel errungen worden, aber es sei auch nicht mehr herauszufinden gewesen. Herr Dergt hat hinzugefügt, wir hätten eine große Einheitsfront der Alliierten gegen uns allmählich zusammengebracht. Worin dieser Vorwurf bestehen soll, ist mir etwas rätselhaft. Die Neben, die wir früher oft von deutschfeindlicher Seite, auch heute noch von Herrn Wulle, gehört haben, die sind allerdings außerordentlich geeignet gewesen, eine solche Einheitsfront der Alliierten zu schaffen (Großer Lärm rechts.) Ich glaube allerdings aus den verschiedenen Verhandlungen der Parlamente in den letzten Tagen feststellen zu müssen,

daß die Nationalisten in der französischen Kammer und die Nationalisten hier im Reichstag sich gegenseitig die Rülse zuwerfen.

(Große Unruhe rechts; Abg. v. Graefe ruft: Jammervolle Mäuschen!) Wir hätten die Front der Alliierten gegen uns nur feierlich zusammengeknüpft, wenn wir uns darauf eingelassen hätten, die Verhandlungen abzubauen und uns von der Konferenz zurückzuziehen. Das konnten wir nicht tun, diese Verantwortung konnten wir nicht auf uns nehmen. Dann ist uns vorgeworfen worden, wir hätten in der Nacht vom 15. auf den 16. August den Unfall vorgenommen, ohne daß ein erkennbarer Grund dafür vorhanden war. Auch das ist vollständig unrichtig, und so ungenau ich auf die Einzelheiten dieser Vorgänge eingehe — ich muß es tun, damit keine Legendenbildung sich einstellt. Wir haben uns, nachdem uns von französischer Seite gesagt worden war, daß nach der einstimmigen Meinung des französischen Kabinetts nur das eine Zugeständnis gemacht werden könne, daß das Ruhrgebiet mit dem bestimmten Maximum von einem Jahr geräumt werden solle, allerdings dahin geäußert, daß wir mit einem solchen Minimum nicht nach Berlin zurückkommen könnten und wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß diese Entscheidung auch für die Entente außerordentlich schwierig sei. Es haben dann weitere Verhandlungen stattgefunden, und als wir nun einige Tage später erklärten, daß diese Vorschläge nun doch für uns erträglich erschienen, ist diese Erklärung von unserer Seite erfolgt, nachdem nach einer Reihe weiterer Zugeständnisse uns gemacht worden war. Es kamen hinzu die Zugeständnisse wegen Wahrung von Dortmund-Süden und Söde. Alle diese Zugeständnisse sind nur ganz allmählich und einzeln gemacht worden. Es kam hinzu die Wahrung der Pfalzschänke und der Gebiete, die mit dem Grenzfall der Zollgrenze in Verbindung stehen. Es kam hinzu die Erklärung über die Zurückziehung der Eisenbahnen von den linksrheinischen Eisenbahnen usw. Das waren alles Umstände, die uns doch in ihrer Gesamtheit dazu bestimmten, zu sagen: wir würden uns überlegen, ob wir nicht die Zustimmung des Berliner Kabinetts dazu erlangen könnten, und nachdem wir diese Erlaubnis hatten, haben wir weiter erklärt: So schwer auch die gestellte Zustimmung ist, müssen wir doch angesichts der unabweislichen Gefahren, die sich aus dem Abbruch der Verhandlungen ergeben, uns damit begnügen. Wir knüpfen daran den Ausdruck der Hoffnung, daß die Wahrung der Ruhr eher als nach dem Maximum eines Jahres stattfinden. Wenn Sie (nach rechts) allerdings in den Tonarten fortfahren wie bisher in Ihrer Agitation und auf diese Weise Frankreich Stolz zu seiner Macht und seinen Garantieforderungen geben, so richten Sie gewaltiges Unheil an und verhindern die angebahnte Verständigung. (Großer Lärm auf der Rechten. Zurufe: Den Kampf nehmen wir auf! Und das ist der Kanzler des Deutschen Reiches! Glosse des Präsidenten, Gegenrufe der Sozialdemokraten.) Herr Dergt hat erklärt: Die Handelsverträge seien absolut getrennt gehalten worden von den Vereinbarungen über die Ruhr. Ich muß bemerken: Gerade das war unsere Absicht. Wir haben uns mit voller Hebrigkeit gefaßt: Gerade diese hochpolitischen Fragen, die Lebensfragen für einen großen Teil des deutschen Volkes sind, die Fragen der Wahrung sollen in keiner Weise verknüpft werden mit irgendwelchen handelspolitischen Abmachungen. Will man ein Verbrechen darin sehen, daß wir die Anbahnung von Handelsvertragsverhandlungen verprochen haben? Weniger als ein solches Verprechen abgeben, kann man eigentlich nicht tun! Es wäre sehr töricht von uns gewesen, diese Gelegenheit, wo wir nun einmal mit den Herren aus Frankreich und Belgien in Verhandlungen eingetreten waren, nur für einen Zweck zu benutzen und alles andere von der Hand zu weisen. Ich glaube, wenn wir das nicht getan hätten, würde man geradezu eine Pflichtverletzung darin sehen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Und wenn gesagt wird: „Sie können überhaupt Handelsvertragsverhandlungen stattfinden, so lange der Feind auf deutschem Boden steht?“, so habe ich diesen Einwand allerdings nicht erwartet. Sollen wir vielleicht alle

Dawesvertragsverhandlungen ausschließen, bis die Frist von 15 Jahren abgelaufen ist, binnen deren die Räumung des besetzten Gebietes stattfinden soll?

Es ist doch eine unhaltbare Forderung, sich alle Wege zu verschließen.

Man hat uns ferner einen sehr schweren Vorwurf daraus gemacht, wir hätten uns mit den Bankiers in Verbindung setzen und sie zur Hilfe nehmen müssen zur Förderung unserer politischen Absichten. Wenn etwas geeignet gewesen wäre, die Londoner Konferenz zum Scheitern zu bringen, so hätte gerade nur noch gefehlt, daß wir die Bankiers zur Vermittlung anriefen. Das muß man erlebt haben, wie die anderen Delegationen sofort reagierten, wenn man die Haltung der Bankiers auch nur anrührte. Ein solcher Vorwurf scheint auch mir nicht ganz durchdrungen zu sein von dem „Sieghaften Rechtsgebanten“. (Seitere Zustimmung bei der Mehrheit.) Herr Dergt hat uns weiter den Vorwurf gemacht, daß wir nun diese Bedingungen freiwillig unterschrieben. Aber einem Diktat hätten wir uns unterwerfen sollen! Ich hätte unsere Stellung hier sehen mögen, wenn wir mit einem Diktat in der Hand erschienen wären. (Sehr gut bei der Mehrheit.) Wir sind bereit, am nächsten Samstag zu unterschreiben (Hört, hört!), weil wir die Kontrakt als einen Schritt auf dem Wege zur Gesundung unseres Vaterlandes ansehen, weil wir auf diesem Wege einen großen Teil des besetzten Gebietes zu befreien hoffen. (Lust rechts: Nur hoffen!) Weil wir diese Hoffnung haben, darum sind wir bereit, zu unterschreiben.

Nach diesen bei der Mehrheit mit großem Beifall aufgenommenen, feststehenden programmatischen Ausführungen des Reichsfinanzlers ergreifen das Wort der Abg. Dr. Fleger von der Bayer. Volkspartei, der sich für Annahme der Dawesgabe ausspricht, der Abg. Wredt (W. Bgg.), ebenfalls in aufstimmendem Sinne, und Kunze (D. Soz.).

Um halb 12 Uhr wird das Haus, nachdem die Rednerliste erschöpft ist, auf Dienstag vertagt.

Ausland.

Frankreich und das Londoner Abkommen.

Der Kampf, der im französischen Parlament wegen des Londoner Abkommens ausgefochten wird, weicht sich mehr und mehr zugunsten des Ministerpräsidenten Herrriot. Wie sich die Sache auf der Seite der Gegner Herrriots anieht, schildert der Barriere Korrespondent der Waterland in Luzern folgendermaßen:

„Die parlamentarische Genehmigung des in London vollbrachten Wertes darf nicht den Blick verblenden. Nicht nur in Frankreich, auch im Ausland ist eine Unruhe vorhanden, eine Verunsicherung über die Rückwirkung der neuen Abmachungen auf die französischen Finanzen. Nach den Berechnungen des Generalberichterstatters der Finanzkommission des Senates, Henry Berenger, reduziert sich durch den Dawes-Plan die Gesamtforderung der Alliierten an Deutschland von 132 Milliarden Goldmark (im Mai 1921 festgestellte Summe) auf 45 Milliarden Goldmark. Von dieser auch von Berenger als Maximum betrachteten Leistung Deutschlands kommt die Hälfte Frankreich zu, rund 23 Milliarden Goldmark oder nicht ganz 29 Milliarden Goldfranken.“

Zwei Feststellungen drängen sich auf. Auch wenn man den Optimismus hinsichtlich der restlosen Verwirklichung der Forderungen auf die Spitze treiben will, so bleibt wahr, daß die effektiven Auslagen Frankreichs für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Auslagen, die als Vorhülle auf die deutsche Rechnung figurieren, höher sein werden als die von Deutschland zu bezahlende Maximalleistung. Und zweitens schuldet Frankreich selbst an England und Amerika 33 Milliarden Goldfranken, also ebenfalls beträchtlich mehr als die 29 Milliarden, die Frankreich von Deutschland heute theoretisch noch zugute hat.

Sier lekt die Hauptkritik an den Herrriotischen Politik in London ein. Die einen beklagen, daß Herrriot das Problem der interalliierten Schulden nicht mit der Räumung der Ruhr verhängt habe; nach den andern hätte diese Frage schon vor dem Gang nach London erledigt und doch aufgeworfen werden müssen. Alle kritischer sind jedoch einig, die inheimische Lage Frankreichs zu bedauern, das seinen eigenen Verbindlichkeiten mehr schuldet (mindestens 4 Milliarden Goldfranken mehr) als seine gläubigste Forderung gegenüber Deutschland ausmacht. Wie ich

vermeintliche Graf von St. Cyr war ein gemeiner Hochstapler, ein fröhlicher Kellner und vielbestrafter Dieb, der von der Polizei eifrig gesucht wurde. Sie fand ihn jedoch nicht; er war längst über die Berge und hatte seinen Raub in Sicherheit gebracht.

Rose-Mary schämte sich zu Tode. Aber sie gestand es nicht ein und wollte der Welt zeigen, daß selbst die schmerzhaftesten Schmachts sie nicht im geringsten alterieren. Mit Perlen und Diamanten geschmückt, besuchte sie auch am Rosenmontag und am Dienstag den Ball und war ausgelassener denn je, veranstaltete einen Dauertanz und letzte Preise dafür aus, um die sich namentlich die Hofdamen bewarben. Den ersten Preis — einen „abgrauen, irrisierenden Griesnuchspels mit zitronenarbtiger Seidenfütterung — sollte diejenige Dame erhalten, die bis Mitternacht in einem Atem fortanzte.

Ihre Lieblingsdame, die sie Daisy getauft hatte, zeigte sich besonders eifrig und wurde von Rose-Mary noch immer aufgesteckt. Kurz nach Mitternacht kam dann auch Daisy triumphierend, aber atemlos und in Schweiß gebadet auf Rose-Mary zu und jubelte mit feuchender Stimme: „Ich habe — die Wette — gewonnen —“

Das Wort erstarrte ihr im Munde, wie vom Blitz getroffen brach sie zusammen. Ein Gredtschlag hatte ihrem Leben, mitten in der höchsten Lust, ein Ende gemacht.

Rose-Mary war von diesem Unglücksfall so erschüttert und bis auf den Grund ihrer Seele getroffen, daß sie voll Entsetzen aus Mitleiden floh, um in der Einsamkeit der Berge das Schreckliche zu vergessen und den Elend zu überwinden, den sie vor dem toten Juchensstreifen und vor sich selber empfand. Wie flach und leichtfertig war doch ihr Leben gewesen! Sie lebte sich nach Befreier und Höherem, nach Reichtum und Adel, nach neuem Leben in Größe und Schönheit, in Würde und Selbst, darin ihr die Baronin Agnes v. Glonn ein herrliches Muster und Vorbild war. (Fortsetzung folgt.)

wendig war, Lippenpomade mit hergestellten in den den hergebrachten aus künstlich hergestellten Kohlenstoff schluß daran

durch die Verlag und gen werden. der Musik, der Bühnen, Seiten mit schen seiner Preis in den beschriebenen Quer- wesen durch- Formgefühl. Band eine die Klaffte es zu einer 1887 bis nen (1) über Abhandlung „Polyphe“ „Schlagwort“ „Abse- der Oper“ als der Musik“ geprägt und Die Sprache- ner lebendig, it; nienigs n kurz; das

ter

RT iker direktor ertors iverturne ad 3-

19 11

ng!

sich mit irer Zeit sind die den, denn und und vo-

2 Jahre von nur stamend

ann 42.

eund!

arlstraße

ferner vor Wochenfrist bereits sagte, war infolge von Witterungen aus London die Hoffnung entstanden, Gerriot werde wenigstens sichere Zusagen in der Frage des Sicherheitsproblems und in der Frage eines deutschen Handelsvertrages heimbringen. Diese Hoffnungen schwanden schließlich, da Gerriot nur ungewisse Versprechungen erhielt. Es ist ein Bodenlag von Bitterkeit übrig geblieben.

Trotzdem hat es die bisherige Enttäuschung über die finanzielle Wirkung der Gewaltpolitik Vinceroes dahin gebracht, daß Gerriot Oberwasser behält. Der Siegesrausch von 1918 und den folgenden Jahren ist mehr und mehr verfliegen. Man kehrt wieder zu der rauhen Wirklichkeit zurück und sucht sich zu verständigen.

Um den Erzberger-Mörder.

Budapest, 26. Aug. Der Vertreter des Staatsanwalts, Dr. Palany, hat den Antrag gestellt, die Untersuchungschaft über Heinrich Förster, richtig Schulz wegen Ermordung Erzbergers zu verhängen. Damit stellt sich der Staatsanwalt auf den Standpunkt, daß die Angelegenheit einzuweisen nicht als eine Auslieferung, sondern als eine gewöhnliche Strafangelegenheit anzusehen ist. Einmal fehlt noch der vorsichtsmäßige deutsche Haftbefehl. Solange dieser nicht eintrifft, sind die ungarischen Behörden gezwungen, die Angelegenheit zu behandeln, als ob es sich um einen einheimischen Verbrecher handele.

Ratifizierung des Lausanner Vertrags durch die franz. Kammer.

Die Pariser Kammerdebatten über den Lausanner Vertrag. Paris, 26. Aug. Die Pariser Abgeordnetenkammer hat während des ganzen gestrigen Tages über die Ratifizierung des Lausanner Vertrags beraten. Gerriot, der heute im Senat in der Frage der Londoner Beschlüsse das Wort ergreifen muß, befand energisch darauf, daß zu einer Abstimmung noch am Montag geschritten werde. Die Kammer hat die Sitzung halb 9 Uhr abends aufgehoben und trat halb 10 Uhr zu einer Nachsitzung zusammen.

Der Verlauf der Nachsitzung der französischen Kammer.

Die Debatte in der Nachsitzung der französischen Kammer nahm eine normale Verlauf. Die meisten Redner beschränkten sich darauf, die Fehler der früheren französischen Politik klarzustellen. Dann ergreift in dieser Sitzung Gerriot das Wort. Er weist darauf hin, daß Frankreich jetzt bemittelt sein werde, seinem Einfluß weitere Geltung zu verschaffen und seine Macht in uneigennütziger Weise zu verwenden. Gerriot stellt fest, daß die türkische Regierung mit der Ausübung des französischen Unterrichts in den Schulen voreilig und brutal vorgegangen sei und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Türkei den Vertrag rückgängig macht. Wir wollen alle Fragen in freundschaftlichem Geiste regeln. Wir wollen die Völker nicht gegeneinander hegen, sondern einen Zustand der Entspannung schaffen. Wenn die Türken Konstantinopel behalten haben, so verdanken sie es der Großmut Frankreichs. Wir sind bereit, dem jungen Staate beizustehen. Ich bitte nur, zusammen mit uns eine Regie der Gerechtigkeit zu begründen, die es auch ermöglicht, unsere intellektuellen und moralischen Interessen zur Geltung zu bringen. Die französische Regierung bezieht mit großer Freude und warmer Zuvorkommenheit die junge ottomanische Republik. Der Lausanner Vertrag läßt für die Türkei eine Periode des Wohlergehens und der Ruhe anbrechen, wenn sie dasselbe will, was wir wollen. Frankreich wird, wenn es den Lausanner Vertrag ratifiziert, beweisen, daß, wenn es auch keine Rechte besitzt, doch alle Völker unterworfen wird, die sich auf die Freiheit berufen, auf die sich Frankreich stets berufen hat.

Die Nachsitzung ist um 1.45 Uhr früh zu Ende gegangen. Der Lausanner Vertrag wurde mit 410 gegen 171 Stimmen ratifiziert.

Aus dem sozialen Leben.

Deutscher Sparkassen- und Kommunalbankentag in Stuttgart.

Stuttgart, 25. Aug. Dem heute im Festsaal der Wiederhalle abgehaltenen ersten allgemeinen deutschen Sparkassen- und Kommunalbankentag ging gestern ein Begrüßungsabend voraus, zu dem sich bereits etwa 1500 Vertreter aus allen Teilen des Reiches eingefunden hatten. Bei den Verhandlungen war von besonderem Interesse ein Vortrag des Geschäftsführers des Sparkassen- und Giroverbandes für die Provinz Sachsen, Ruffmann, der die Stellung der deutschen Sparkassen in der Aufwertungsfrage skizzierte. Für die Aufwertung selbst wurden folgende Forderungen aufgestellt: Für die Ermittlung des Goldwertes der Einlagen eine gründliche Vereinfachung, für die Ermittlung der Teilungsmasse eine Vereinfachung der Teilungsmasse und schließlich bei der Verteilung ein einheitliches Vorgehen sämtlicher Sparkassen. Als Ergebnis wurde heute vormittag folgende Entschließung angenommen:

Anfolge der Regelung, die die Aufwertungsfrage in der 3. Steuernotverordnung gefunden hat, können die öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen ihren Sparern nur eine ganz geringfügige Aufwertung der Spareinlagen gewährleisten, die mit dem großen Aufwand an unproduktiver Arbeit und Kosten, die durch die Durchführung der Aufwertungsbestimmungen verursacht werden, in argem Mißverhältnis stehen würde. Die Sparkassen wünschen daher, daß bei der Aufwertung der Erörterung stehenden Forderungen der dritten Steuernotverordnung ihnen eine Aufwertung ihrer wichtigsten Kapitalanlagen gesichert wird, die sie in den Stand setzt, unter größtmöglicher Vereinfachung des Verpfändungsverfahrens die Spareinlagen einschließlich auf einen nennenswerten Hundertteil ihres Goldmarkwertes aufzuwerten.

Es folgten dann noch Vorträge über die Förderung und Anregung zur Sparfähigkeit, über die Vereinfachung des bargelegenen Zahlungsverkehrs und über die Liquidität der Sparkassen. In der Nachmittagsitzung schilderte Sparkassendirektor Hoffmann die Entwicklung der Sparkassen "zur Bank des Mittelstandes". Zum Schluß wurde dann noch folgende Entschließung angenommen: "Die auf dem deutschen Sparkassentag versammelten Vertreter der Spar- und Girokassen und Kommunal-

banken erheben entschieden Einspruch dagegen, daß ihnen die Kreditquellen aus öffentlichen Mitteln nicht in dem gleichen Maße erschlossen werden sind, wie anderen Verbänden und Organisationen. Es muß verlangt werden, daß künftighin bei ähnlichen Fällen zum mindesten eine gleichmäßige Verteilung öffentlicher Mittel erfolgt."

Der Mohr kann gehen.

Dem Deutschen Metallarbeiter entnehmen wir folgende Ausführungen:

Unser Christlicher Metallarbeiterverband ist stets mit allem Nachdruck für die Blei-, Zinn- und Zink- und ähnlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter eingetreten. Auch auf seinen letzten Generalabermählungen verlangte er erweiterten gesetzlichen Schutz für diese Arbeiter und die Anerkennung ihrer Berufsinteressen als Betriebsunfälle. In seinem jüngsten Antrag an die Reichsregierung forderte unser Verband ferner die vorläufige kanitäre Arbeitszeit. Wie berechtigt dieses Verlangen ist, zeigt u. a. nachfolgender Anschlag der "Gewerkschaft Carl" in Bochum.

Nach Angabe des Kreisarztes, dem die gesundheitliche Überwachung der Bleiarbeiter obliegt, sind alle Leute, die sich Bleiarbeiten zuziehen, nicht mehr mit Bleiarbeiter beschäftigt.

Bleikranke werden deshalb künftig einlassen, können erst wieder eingestellt werden, wenn sie vom Kreisarzt ausgetestete Gesundheitszeugnisse besitzen. Also, Mohr, du hast deine Schuldtigkeit getan, deine Gesundheit, wenn nicht dein Leben für uns eingetauscht, du kannst nun gehen! Gegen solche Dr. Eisenhart-Kuren muß die Arbeiterkassen Stellung nehmen. Wir verlangen, daß den Anträgen unseres Verbandes stattgegeben wird. Dem Betriebsvertreter der genannten Arbeiterberufe erwächst aber auch die Pflicht für einen nachdrücklichen Schutz ihres eigenen Lebens und das ihrer Mitarbeiter einzutreten, insbesondere auch durch den Entlassungsschutz des Betriebsärztlichen.

Im übrigen können, wie der Deutsche Metallarbeiter dazu bemerkt, auch diese Bemühungen nur dann zum Erfolg geführt werden, wenn sie durch arbeitsärztlichen Zusammenschluß getätigt und gestärkt werden.

Mögen die letztere Mahnung die Arbeiter beherzigen, ohne eine vernünftige und gut geleitete Gewerkschaft gibt es keinen genügenden Schutz der Arbeitkraft.

Schwerbeschädigte und Gewerbegerichte.

Muß der Kriegsbeschädigte bei seinem Eintritt in einen Privatbetrieb dem Arbeitgeber mitteilen, daß er schwerbeschädigt ist? Ueber diese wichtige Frage besteht noch heute wie wir vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin N.O. 18, Große Frankfurterstr. 53, hören, in den beteiligten Kreisen der größte Zweifel. Nach den Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes darf bekanntlich einem Schwerbeschädigten nur mit Genehmigung der Hauptfürsorgebehörde das Arbeitsverhältnis gekündigt werden. Es gibt nun Arbeitgeber, die sich durch diese Vorschrift bestimmen lassen, von der Einstellung von Schwerbeschädigten, wenn irgend möglich, schon aus diesen Gründen absehen. Darum liegt es bei der heutigen schwierigen Lage des Arbeitsmarktes nahe, daß der Schwerbeschädigte zur Vermeidung dieser Klippe bei seiner Anstellung verzweifelt, daß er schwerbeschädigt ist. In solchen Fällen hält sich der Arbeitgeber zur Entlastung dieses Schwerbeschädigten, ohne die Genehmigung der Hauptfürsorgebehörde für berechtigt, während der Schwerbeschädigte dieses Recht mit dem Bewußtsein darauf befreit, daß ihm eine gesetzliche Pflicht zur Auskunft über seine Eigenschaft als Schwerbeschädigter nicht obliegt. In der Spruchpraxis der Gewerbegerichte, die in solchen Streitfällen zu entscheiden haben, wurde bisher völlig verschieden geurteilt. Das eine Gewerbegericht erkennt die Verpflichtung der Schwerbeschädigten zur Auskunftserteilung an, während das andere diese Verpflichtung mit sehr beachtlichen Argumenten bestritt. Eine generelle Entscheidung dieser Streitfrage ist noch nicht erfolgt. Da somit vorerst nur von Fall zu Fall entschieden werden kann, ist eine individuelle Beratung erforderlich, die vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener gern erteilt wird.

Was die Kriegsentrenter heute bekommen.

Die letzten Reichstagsbeschlüsse haben die Rentenverfugung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebener um einiges verbessert. Nach einer Mitteilung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin N.O. 18, Große Frankfurterstr. 53, stellt sich die Rentenverfugung nunmehr wie folgt dar: Die Kriegsentrenten mit weniger als 30 Prozent Erwerbsunfähigkeit erhalten keine Rente mehr, da sie abgefunden sind. Die Monatsbeträge für den 30-prozentigen verbleibenden Beschädigten belaufen sich je nach Ortsklasse auf 4,95-5,93 M. Bei halber Erwerbsunfähigkeit werden 10,59-12,33 M. gezahlt; bei 70 Prozent monatlich 17,24-19,59 M.; bei Erwerbsunfähigkeit 26,30-41,25 M. Zu diesen Beträgen kommen Kinderzulagen von 20 Prozent des Sahes und von 50 Prozent an aufwärts eine 10prozentige Frauenzulage. Für geleistete Verufe wird eine Auszahlungszulage von 25 Prozent oder 50 Prozent je nach dem Grade der Vorbereitung gewährt. Die Witwenrente 8,25 bis 12,66 M.; die Witwenrente monatlich 13,20-20,25 M.; für einen Elternteil werden 9,90-15,90 M. und kann bei Verlust von zwei Söhnen auf 19,23 und bei 3 Söhnen auf 21,26 M. steigen, für beide Eltern zusammen 16,50-25,31 M. bzw. 30,38 oder 35,44 M. bei Verlust von 1 oder 3 Söhnen gewährt. Theoretisch mögliche höhere Sätze werden praktisch nur selten erreicht. Aus technischen Gründen konnten die erhöhten Renten noch nicht zum 1. August zur Auszahlung gelangen. Die Erhöhungen werden darum bei der Rentenabgabe am 1. September zugesagt.

Chronik.

Baden.

Heidelberg, 25. Aug. (Unfälle.) Gestern ereigneten sich zwei Unfälle auf dem Neckar, die zwei Menschenleben forderten. Ein junger Kaufmann aus Mannheim ertrank beim Segelbootfahren. Der Wind schlug das Boot um und der junge Mann versank sofort in den Fluten und konnte nur als Leiche geborgen werden. Ein zweiter Unfall ereignete sich kurze Zeit darauf. Zwei junge Mädchen wurden bewußtlos aus dem Wasser gezogen, während ein 17-jähriges Mädchen aus Neckargemünd ertrank. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden. Am Samstag fuhr ein Schulmutter mit einem Motorrad in der weissen Güttersmühlstraße gegen ein dort stehendes dreijähriges Kind. Es wurde mit schweren Verletzungen vom Platz getragen. In der Samstagnacht fiel ein Student aus dem Fenster seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung in den Hof und mußte nach dem Krankenhaus verbracht werden. In der Nacht auf Sonntag fuhr ein Autoführer auf der Schillerbacher Landstraße in der Nähe vom Kummelbacherhof mit seinem Auto gegen eine Telegraphenstange und dann die Eisenbahnbrücke hinauf. Vier Räder des Wagens um und wurde erheblich beschädigt. Die Insassen trugen mehr oder minder schwere Verletzungen davon.

Offenburg, 25. Aug. (Zur Verhaftung des Erzbergermörders Schulz) erfährt das Offenb. Tagbl., daß der badische Kriminalbeamte Schumacher von Karlsruhe und der Kriminalbeamte Bloß von Rastatt a. Saale, dem Heimort des Schulz, vom hiesigen Untersuchungsrichter nach Budapest geschickt wurden. Sie haben in dem Heinrich Förster den gefügten Heinrich Schulz erkannt.

Lahr, 24. Aug.

(Frau Linger flüchtig.) Die der kommunistischen Landtagsfraktion angehörende Frau Linger aus Lahr, gegen die ein Verfahren wegen Hochverrat schwebt, ist, wie aus Lahr gemeldet wird, abermals flüchtig geworden. Sie nahm wohl nicht mit Unrecht an, daß sie nach beendeter Tagung des Landtags gleich ihrem Fraktionskollegen Vos wieder verhaftet werden würde. Dieser Verhaftung hat sie sich durch die Flucht entzogen. Bekanntlich ist Frau Linger früher schon einmal flüchtig gegangen. Sie suchte damals ihr Heil in dem von den Franzosen besetzten Offenburg. Gelegentlich eines Ausflugs wurde sie dann später in Wolfach festgenommen. Infolge eines Landtagsbeschlusses wurde sie damals zusammen mit dem Abg. Vos während der Dauer der Landtagsession auf freien Fuß gesetzt.

Freising, 25. Aug.

(Einbruch im Viehhof.) In der Nacht vom 21. auf 22. August ist im Stationsgebäude des Bahnhofs Viehre ein Einbruch verübt worden. Wahrscheinlich waren es zwei oder noch mehr Einbrecher, die vom Bahnhofs aus eine Zirkulation gerummelt und durch diese Öffnung in das Innere des Gebäudes eindrangen. Auf der Suche nach Geld ertraben sie zwei Kassetten, eine kleinere Kassetten aus Holz nahmen die Diebe mit. Insgesamt ist ihnen ein Geldbetrag von 126,75 G.-M. in die Hände gefallen.

Schweres Hagelwetter in Mittelbaden.

Am letzten Samstag wurde die Pflüher Gegend durch ein schweres Hagelwetter heimgesucht. Besonders empfindlich ist der Schaden in den Weinbergen und auf den Tabakfeldern. Wie aus der

Pflüher Gegend weiter berichtet wird, bleiben infolge des anhaltenden Regens die Erntearbeiten unvollendet. Was noch auf den Feldern liegt, wächst aus, die Trauben können nicht reifen, die Kartoffeln erkranken, werden schwarz und faulen im Boden. Dazu kommt nun noch der schwere Hagelsturm am Samstag nachmittag, der zwar nicht lange anhielt, aber durch die Wäse der Hagelkörner schweren Schaden an den Reben und dem Tabak anrichtete. Aus Eistenal und Steinbach wird berichtet, daß nahezu die Hälfte der Trauben durch den Hagelsturm in Mitleidenschaft gezogen wurde - ein schwerer Schlag für die Winger, die das ganze Jahr gearbeitet haben und nun am Ende ihrer Hoffnungen stehen. Und dasselbe ist stellenweise auch bei den Tabakfeldern der Fall.

Aus anderen deutschen Staaten.

Friedrichshafen, 26. Aug. Die Probefahrten des neuen Amerika-Luftschiffes J. M. 3) beginnen voraussichtlich am Mittwoch, den 27. August. Die erste Fahrt ist eine reine Werksfahrte, an der keine Gäste teilnehmen können. Bereits sind hier fünf Vertreter amerikanischer Zeitungen eingetroffen: Der Vertreter der Associated Press (Herr Howe), der Vertreter der United Press (Herr Groat), der Vertreter der International News Service (Herr Meyer), der Vertreter der Chicago Tribune (Herr Clayton) und der Vertreter der New York Times (Herr Gering). sowie mehrere Photographen und Filmher, auch von amerikanischen Unternehmungen. Die Probefahrten haben den Auftrag, über die Probefahrten und über Einzelheiten des Schiffes zu berichten. Sie erfliegen mit, daß J. M. 3) auf sie einen sehr guten Eindruck gemacht und die Mitglieder der amerikanischen Kommission nur Worte des Lobes über das wirklche Wunderwerk gefunden haben. Besonders mit den neuen Maschinenteilen mit je 12 Zylinder und je 400 Pferdekraften sind die Mitglieder der amerikanischen Kommission sehr zufrieden. Morgen sollen noch weitere händliche Vertreter amerikanischer Zeitungen in Berlin hier eintreffen. Auch wird der amerikanische Botschafter Miller Warren Robbins nach Friedrichshafen kommen und voraussichtlich an einer Probefahrt teilnehmen.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Aufwertung betr.

wird uns geschrieben: Bei den Besprechungen der Aufwertung habe ich immer den Eindruck, als werde viel aneinander vorbeisprochen. Es kommt dies wohl vor allem daher, dass jeder mit Aufwertung etwas anderes meint. Man liest selten, wie der Schreiber des Aufsatzes sich eigentlich die Aufwertung denkt. In nachfolgendem möchte ich einmal meine Wünsche und Vorschläge vorbringen.

Mein Wunsch ist der, dass meine Sparkassenguthaben, Staatspapiere usw. wieder den entsprechenden Wert bekommen, den sie vor dem Krieg hatten, und dass ich daneben wieder den Zins wie vor dem Krieg bekomme.

Wie wird das so ohne weiteres möglich sein? Am ehesten wird wohl möglich sein, den Zins zu bekommen; auch wenn nicht gleich den vollen, so doch einen Teil. Viel wäre schon gewonnen, wenn die Sparkassen und Gemeinden die Erklärung abgaben, dass sie die Zinspflicht anerkennen. Dann liesse sich auch ein Weg finden, um die nötigen Mittel beizubringen. Wegen der schon vor dem 1. Juli 1924 verfallenen Zinsen müssten die Gläubiger sich wohl mit einer Abfindung begnügen. Nun die Aufwertung des Kapitals. Hier gibt es zweifellos eine Menge von Punkten zu berücksichtigen. Aber zunächst müsste auch hier eine Schuldenerkennung vorausgehen. Dann käme die Frage, wie hoch sind die Vorkriegsschulden aufzuwerten? Wenn Häuser und Grundstücke nicht mehr so viel gelten wie vor dem Kriege, dann wird man auch den Wert der Schuldverschreibungen herabsetzen müssen und entsprechend wie auch nur diese geringere Summe zu verzinsen.

Wie steht es aber mit den Schulden, die nach Beginn des Krieges entstanden sind? Hier heisst es vielfach, man wolle einfach den Dollarkurs zu Grunde legen. Diese Umrechnung wäre aber wohl die oberflächlichste und ungerechteste, die man sich denken kann. Jedes Kind weiss doch, dass man zu gewissen Zeiten mit 1 Dollar 2 oder 3 Tage leben konnte, zu anderen brauchte man 2 Dollar für 1 Tag. Einen gerechten Umrechnungssatz bietet hier allein der Index für den Lebensunterhalt. Dieser ist ja genau so festgehalten wie der Dollarkurs.

Die dritte Steuernotverordnung verdammt offenbar ihre Entstehung dem krassensten wirtschaftlichen Liberalismus. Es scheint fast, als solle damit die Abkehr von der sozialen Gesetzgebung der wilhelminischen Zeit recht krass zum Ausdruck gebracht werden.

Was soll aber geschehen, wenn jemand sein Sparguthaben schon jetzt verwerten will, z. B. um ein Haus zu bauen? Steht einmal fest, dass für die Sparguthaben eine Aufwertungsverpflichtung besteht und dass ein bestimmter Zins bezahlt wird, dann haben die Sparguthaben wieder einen bestimmten Wert und dann können sie auch eingeschrieben werden. Es ist ja selbstverständlich, dass eine Auszahlung der Guthaben erst im Laufe der Jahre möglich ist, schon deshalb, weil es zur Zeit an den nötigen Zahlungsmitteln fehlt. Es müsste aber eine Form gefunden werden, dass die Uebertragung von Sparkassenguthaben eben so einfach ist, wie die Uebertragung von Schuldverschreibungen. Das wird nicht zu umgehen sein, dass die Wiedererhebung der Einlösung der Schuldverschreibungen nach um einige Zeit verschoben wird. Aber zur Wiederherstellung des Vertrauens ist schon viel getan worden, wenn eine Schuldenerkennung vorliegt. Wenn man bedenkt, dass der Aufstieg Deutschlands erst Mitte der 1890er Jahre begann und schon 1906 unsere Feinde sich zusammenschlossen, um den unangenehmen Konkurrenten tot zu machen (trotz oder vielleicht gerade wegen der sozialen Gesetzgebung), dann braucht man um seine Guthaben keine grosse Sorge zu haben.

Börsenbericht.

Berlin, 26. August. An der heutigen Börse wurde die gestrige Reichstagsdebatte eifrig erörtert. Man hofft immer noch auf ein befriedigendes Kompromiss in der Gewissheit, dass am 30. August auf alle Fälle unterzeichnet wird, und dass in der Reichstagsdebatte die Frage der Kredite in den Vordergrund tritt, die man als ausserordentlich dringlich betrachtet. Sehr enttäuschend wirkte die Eröffnung der Goldmarkbilanz der Berliner Handelsgesellschaft mit ihrer Zusammenlegung des Friedenskapitals, das seit 1908 nicht mehr erhöht wurde im Verhältnis von 5:1. Der Traum der sogenannten wertvollen Aktien ist ausgeträumt. Infolgedessen blieb die Spekulation recht zurückhaltend. Auch das Publikum und das Ausland waren mit Käufen nur wenig vertreten. Teilweise schritt man sogar zu kleineren Abgaben, die das Kursniveau zu ersten Kursen etwas senkten. Besonders erregte auch die Absicht Frankreichs, die deutsche Einfuhr mit einer 20prozent Abgabe zu belegen. Man befürchtet an der Börse, dass die Arbeiten der Transferierungskommission durch

Gegenmassnahmen nicht nur ungemein erschwert, sondern nahezu unmöglich gemacht wird.

Grösseres Geschäft entwickelt sich teilweise am Kalimarkt, namentlich in unnotierten Werten. Krügershall konnten 9,75 erreichen, Ummendorf 2,75. Am Anleihemarkt hat sich die Tendenz nur wenig verändert. Die Stuttgarter Sparkassentagung hat im wesentlichen nichts neues gebracht. Der Geldmarkt zeigt einige Versteifung. Tägliches Geld muss mit einem Satz von zirka 3/4 Prozent bezahlt werden. Am Devisenmarkt sind die Anforderungen gegen gestern durch die Abgabe von Exportdevisen etwas gesunken. Der Montanmarkt war um etwa 1 Prozent abgeschwächt. Kaliwerte etwas höher. Vom unnotierten Markt ist noch Haldburg Kali mit 44 zu erwähnen. Petroleumaktien waren gut behauptet, ausländische Renten bei ruhigem Geschäft unverändert. Bankaktien eher etwas fester. Im weiteren Verlauf der Börse wurden Kriegsanleihe gegen 12 1/2 Uhr mit 835 genannt.

Für die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.), der Deutsche Genossenschaftsverband (E. V.), der Deutsche Sparkassenverband (E. V.), der Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften (E. V.), der Reichsverband der deutschen landwirtschaftl. Genossenschaften (E. V.), der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (E. V.), der Deutsche Industrie- und Handelsverband, der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels haben unterm 6. August d. J. an den Reichsminister der Finanzen eine gemeinsame Eingabe gerichtet, in welcher die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses gefordert wird. Es wird darin darauf hingewiesen, dass es angesichts der bestehenden Kreditkrise dringend notwendig sei, auch die kleinsten verfügbaren Beträge aus der privaten Verwahrung herauszuziehen und den Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften zwecks Erhöhung der Kreditmöglichkeiten für die Wirtschaft zuzuführen. Es sei nötig, unsere schuldnerische Abhängigkeit gegenüber dem Ausland auf das unbedingt erforderliche Mass zu beschränken und dazu könne man in dieser Weise beitragen. Auch der Gefahr der Abwanderung ungebildeten Kapitals könne so am besten begegnet werden. Die Antragsteller glauben, dass unsere Gläubigerländer an dieser Wiederherstellung des Bankgeheimnisses keinen Anstoss nehmen werden. Eine entsprechende Aenderung der Reichsabgabenordnung ist schon im vergangenen Jahre seitens des Reichswirtschaftsrats befürwortet worden.

Pforzheimer Edelmetallkurse vom 25. August. Ein Kilo Gold 2815 Geld, 2825 Brief, ein Kilo Silber 94,25 Geld, 94,75 Brief, ein Gramm Platin 14,60 Geld, 14,85 Brief.

Erzinger Werke A.-G. in Worms, Union Werke A.-G. Mannheim-Berlin. Am 8. September sollen in einer gemeinschaftlichen Aufsichtsratsitzung die für das Zusammengehen der Gesellschaften nötigen Modalitäten festgelegt werden. Die Bewertung der gegenseitigen Aktien soll in der Weise erfolgen, dass hier Erzinger 5 Unionaktien gleichgestellt werden. Beide Gesellschaften verfügen zur Zeit über annähernd das gleiche Aktienkapital von zirka 37 Millionen, sodass die Fusionsdurchführung verhältnismässig einfach vor sich gehen dürfte. Gleichzeitig werden beide Firmen die Goldbilanz vorlegen. Beide Firmen sind zur Zeit voll und gut beschäftigt.

Sinap. Südwestdeutsche Metallwarenfabrik und Apparatebau A.-G. Mannheim. Die G.-V. genehmigte die Bilanz und erteilte Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung. Der Ueberschuss von 17.793 Bll. Mk. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Angesichts der veränderten Wirtschaftslage wird keine Dividende für das abgelaufene erste Geschäftsjahr verteilt. Der Geschäftsjahr wird als befriedigend bezeichnet.

Dampfkesselfabrik Baden, A.-G. Mannheim. Die G.-V. genehmigte die für das Geschäftsjahr vorliegende Papiermarkbilanz und die Goldmarkbilanz zwischenbilanz. Das Kapital der Gesellschaft von 245 Mill. Mark wird auf 102.500 Goldmark herabgesetzt, wobei 58.929,12 Goldmark in Reserve gestellt werden. Auf eine Stammaktie von 10.000 Mk. soll eine Gebühr von 0,60 Goldmark bezahlt werden.

Deutsch-spanisches Handelsabkommen. Wie uns die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden mitteilt, ist ihr das am 25. v. M. zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Spanien abgeschlossene Handelsabkommen im Wortlaut zugegangen. Das Abkommen liegt in der Handelskammer zur unentgeltlichen Einsichtnahme auf.

Marktbericht. Auf dem Schweinemarkt in Weinheim wurden für Milchschweine 10-15, für Läufer 22-55 Mark gezahlt. - Auf dem Schweinemarkt in Bühl kostete das Paar Ferkel 12-45 und das Paar Läufer 60-100 Mk.



62. Jahrgang

Wie wird

Aus dem Reichs... Trozdem sich in parlamentari... hat, gewinnt die... daß die Londoner Reichstage angeno... nationalen beabfich... bänderungsanträge... dessen bei den Ge... verträge handelt, allen Einzelheiten... Ganzes angenom... werden, würden Antr... ehe es bestimmung... Wünsche und Forde... in Gestalt von Ref... brocht werden, die... sichtigung überwiegt... Die Entscheidung... den verschiedenen... Zunächst ist es po... tina, wenn die L... man werden und z... nerpolitische Ausw... felloes eine festian... tischen Verhältnisse... und der jetzigen S... als Folge der Lot... der inneren Ruhe... liden Grundung... aber ist den Deut... verlassen worden, d... Sonbirtkraft mit... Bestimmungen feir... wenn die Deutsch... mädungen zu Pa... mer mehr heraus... über abnehmenden... Entscheidungen... keine Parteifragen... oloentheit gewor... Warte haben Wi... Sandwert, Beantw... dreifachen, und z... tionen ohne Unt... nahme des Abkom... einseht.

An die Parte

Von parteioffiz... Parteiorganisatio... wiesen, alle Vorbe... in die Wahlbeweg... ungeklärten polit... schenlischeit, daß... a u f g l o s t w i r... es deshalb, das... über dem zwar k... Kampf gerüstet zu

Baye

München, 27... rat und die Ko... entschlossen, die... forderungen... den Bestand des... hat aber Bayern... Eisenbahn nicht... erklärt, daß es in... Erreicht ist in... lungen, daß die... Wünsche als bere...